Programmierer in Lissabon, Logistik in Italien: Wie schweizerisch ist die Post?

Debatte über Swissness Der gelbe Riese ist nicht nur in Portugal aktiv, sondern besitzt inzwischen auch 41 ausländische Firmen. Das Vorgehen ruft nun die Politik auf den Plan.

Typische Schweizer Szene: Das Postauto steht exemplarisch für die Swissness des Staatsbetriebs. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Jon Mettler

Die Post trägt die Swissness im Firmennamen: Offiziell heisst der gelbe Riese «Die Schweizerische Post». Doch nun ist eine Debatte darüber entbrannt, wie schweizerisch der Staatsbetrieb wirklich ist.

Auslöser ist der Entscheid der Post, wegen des Fachkräftemangels 200 Informatikstellen nach Portugal auszulagern. Darüber berichtete diese Redaktion. Die Pläne rufen in der laufenden Herbstsession des Parlaments die Politik auf den Plan. Der zuständige SVP-Bundesrat Albert Rösti musste sich in der Fragestunde des Nationalrats kritischen Fragen stellen.

So wollte der Walliser SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor wissen, wie schweizerisch die Post noch sei. Seine Befürchtung: Der Staatsbetrieb entwickelt sich zu einer Art multinationaler Firma.

«Das ist nicht sehr beruhigend – und auch nicht gesund für ein staatliches Unternehmen, das sich zu 100 Prozent im Besitz der Eidgenossenschaft befindet», sagt Addor auf Anfrage. Im Aufbau des IT-Standorts in Lissabon sieht der Politiker eine Bewegung, die es zu stoppen gelte. «Ansonsten können wir eines Tages das ‹Schweizerisch› im Firmennamen der Post streichen.»

Die Freiburger FDP-Nationalrätin Nadine Gobet wiederum erkundigte sich, ob die rund 1500 IT-Spezialisten der Post weiterhin in der Schweiz arbeiten würden: «Ich sehe nicht ein, warum es das vom Schweizer Steuerzahler zur Verfügung gestellte Kapital ermöglichen sollte, zahlreiche Arbeitsplätze in Drittländern wie Portugal zu schaffen.»

Sie bezweifelt, dass es unmöglich ist, Informatiker in der Schweiz zu finden. «Ende August 2025 gab es 253 registrierte Arbeitsuchende in Informatikberufen im Kanton Freiburg und 8359 in der ganzen Schweiz», sagt sie. Hinzu komme, dass es in diesem Bereich möglich sei, Spezialisten aus Drittstaaten – also ausserhalb der EU – zu holen.

Aufstockung bis 2030

Postminister Rösti bekräftigte zwar im Nationalrat den Willen der Landesregierung: Der gelbe Riese bleibt schweizerisch. Der Bundesrat machte jedoch klar, dass die Auslandsaktivitäten der Post an Bedeutung gewännen.

Bis 2030 werde das Unternehmen 20 Prozent der IT-Leistungen im Ausland erbringen, so Rösti. Diese Information ist neu. Der Informatikstandort der Post in Lissabon soll von 60 auf 260 Stellen aufgestockt werden.

Allerdings ist die Post nicht nur in Portugal aktiv. Sie hält Mehrheitsbeteiligungen an 41 ausländischen Firmen, darunter in Indien und in den USA. Dabei handelt es sich häufig um ausländische Niederlassungen von Schweizer Softwarefirmen, welche die Post übernommen hat.

Ein Name, der häufig auftaucht, ist Unblu. Das Unternehmen mit Sitz in Basel ist darauf spezialisiert, digitale Informationen sicher zu übermitteln. Es ist ausserhalb der Schweiz in fünf Ländern präsent. Seit November 2022 gehört Unblu der Post.

«Ende August gab es 8359 registrierte Arbeitsuchende in Informatikberufen in der ganzen Schweiz.»

Nadine Gobet
Freiburger FDP-Nationalrätin

Umsatz rapide angestiegen

Auch in der Logistik hat die Post ausländische Unternehmen gekauft, um den grenznahen Güterverkehr zu erleichtern. Ein Beispiel ist die italienische Iemoli Trasporti. Im Sommer 2024 eröffnete Iemoli in Turate bei Mailand ein neues Logistikzentrum mit einer Fläche von 18'000 Quadratmetern und 19 Laderampen.

Gemäss Geschäftsbericht 2024 erwirtschaftete die Post im Ausland einen Umsatz von 905 Millionen Franken. Das entspricht einem Anstieg von 194 Millionen Franken gegenüber 2023.

Vor diesem Hintergrund schaut nicht nur die Politik genau hin, sondern auch Personalverbände und Gewerkschaften. Transfair zeigt sich besorgt und befürchtet den Anfang einer Auslagerungswelle. «Zumindest scheinen der Fantasie der Post keine Grenzen gesetzt zu werden», sagt Kerstin Büchel, Leiterin Post und Logistik. Hier müsse die Politik die Reissleine ziehen. Büchel fordert den Regiebetrieb auf, offen zu kommunizieren: «Die Post sollte ehrlich zugeben, dass wirtschaftliche Gründe im Vordergrund stehen.»

Zum portugiesischen IT-Standort der Post hält Syndicom fest, dass Staatsbetriebe Fachkräfte grundsätzlich im Inland beschäftigen sollten. Man werde sich an einer Swissness-Debatte aber nicht beteiligen, sagt ein Sprecher der Gewerkschaft. Vielmehr solle über die Ursachen diskutiert werden, warum die Post im Ausland Logistikfirmen kaufe oder ihre digitalen Geschäftsbereiche stärke.

Das habe damit zu tun, dass das Briefvolumen abnehme und bei der Post deshalb Einnahmen wegfielen. Deshalb sei es wichtig, dass Postfinance die Möglichkeit erhalte, Kredite und Hypotheken zu vergeben. Nur so könne der Konzern seine Abhängigkeit vom rückläufigen Kerngeschäft verringern.

Post weist Kritik zurück

Die Post weist die Vorwürfe zurück, ihr schweizerisches Erbe aufs Spiel zu setzen. Solche Befürchtungen seien unbegründet, sagt eine Firmensprecherin: «Von 36'890 Vollzeitstellen befinden sich rund 95 Prozent im Inland. 90 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet die Post in der Schweiz.»

Das Unternehmen engagiere sich dann im Ausland, wenn es für die Kundschaft Sinn ergebe. So erhalte die Post über ihre ausländischen Tochtergesellschaften im grenznahen Warenverkehr Anschluss an logistische Knotenpunkte, was die Lieferzeiten verkürze.

Aktuell seien keine weiteren Übernahmen im Ausland geplant. Vielmehr konzentriere sich die Post darauf, die zugekauften Unternehmen in den Konzern einzubinden.

Schweiz «oberste Priorität»

Zur Kritik von Transfair sagt eine Postsprecherin: «Wir sind in einem stetigen und engen Austausch mit unseren Sozialpartnern. Sie kennen unsere Herausforderungen.» Die Entwicklungen auf dem IT-Arbeitsmarkt teile die Post transparent im Rahmen regelmässiger Gespräche mit.

Dabei komme auch zur Sprache, dass der IT-Standort in Lissabon einen bedeutenden Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit der Post leiste. Fakt sei, dass sich Informatikleistungen im Markt zunehmend aus einem Mix zusammensetzten. Dieser bestehe aus Schweizer Lösungen und aus Leistungen aus dem Ausland. Für die Post habe aber weiterhin oberste Priorität, Arbeitsplätze in der Schweiz zu schaffen und zu sichern.

Seltene Erden: Weitere Ausfälle in der Produktion

Ausfuhrkontrollen in China Die europäische Handelskammer in China erwartet wegen Pekings Exportkontrollen für seltene Erden erneut Produktionsausfälle bei ihren Mitgliedsfirmen. Der Mangel an Freigaben für Ausfuhren der wichtigen Rohstoffe könnte im September zu 46 Fertigungsstopps führen, wie die EU-Kammer in Peking mitteilte. Bis Dezember könnten weitere folgen.

Hintergrund sind die Antragsverfahren. Laut der Kammer hatte das zuständige Handelsministerium von 141 Anträgen auf Exportlizenzen für seltene Erden 19 genehmigt. Bei 121 Anträgen, teils mit dem Hinweis «dringend», stünden die Entscheidungen noch aus. Ein Antrag wurde wegen eines Datenfehlers abgelehnt.

Die Handelskammer hatte nach eigenen Angaben zwischen August und Anfang September Informationen von ihren Mitgliedern gesammelt. Die nun veröffentlichten Erkenntnisse stammen aus Angaben mit Stand 9. September. Welche Firmen in welchen Ländern betroffen waren, teilte die Interessenvertretung nicht mit.

Lizenzen zu erhalten, sei derzeit das drängendste Problem vieler Firmen, sagte Kammer-Präsident Jens Eskelund. Der zwischen Brüssel und Peking vereinbarte Mechanismus bringe bislang nur für einige Unternehmen Entlastung.

China ist Hauptproduzent

China hatte während des Zollstreits mit den USA Anfang April Exportkontrollen für sieben seltene Erden und daraus gefertigte Magnete eingeführt. Die Rohstoffe werden etwa in Sensoren oder Elektromotoren verbaut. China ist global der Hauptproduzent der Metalle, weshalb die Kontrolle darüber auch einen Verhandlungshebel darstellt.

Ende Juli kündigte EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen während ihres China-Besuchs einen neuen Vermittlungsmechanismus an. Dadurch sollte bei Engpässen ein entstandenes Problem geprüft und gelöst werden, wie sie damals sagte. *(DPA)*

Nvidia investiert Milliarden in Intel

Partnerschaft Der US-Chiphersteller Nvidia hat eine neue Partnerschaft mit seinem in Schwierigkeiten geratenen Konkurrenten Intel bekannt gegeben. Nvidia werde fünf Milliarden Dollar (rund 4 Milliarden Franken) in die Stammaktien von Intel investieren, teilte das Unternehmen mit. Ausserdem wollten beide Unternehmen an Datenzentren arbeiten, die das Rückgrat der Infrastruktur für künstliche Intelligenz sowie für Produkte für Personalcomputer bilden. Die Behörden müssen das Geschäft noch genehmigen.

Intel hat mit dem Bau von Prozessoren für Personalcomputer jahrzehntelang gute Geschäfte gemacht, geriet jedoch in Schwierigkeiten, als mobile Geräte immer wichtiger wurden. Der Boom der künstlichen Intelligenz verschärfte die Probleme noch, während er Nvidia zum wertvollsten Unternehmen der Welt machte. *(DPA)*